

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.12.2025, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	21:39 Uhr

Ratsmitglieder (in Klammern verhindert):

Frau Antonelli-Ngameni	Herr Köster
Frau Arning	Herr Kühn
Herr Bader	Herr Langer
Frau Bartsch	Herr Lehmann
Herr Behrens	Frau Lerche
Herr Böttcher	Frau Maul
Herr Bratmann	Herr Mehmeti
Herr Bratschke	Herr Merfort
Frau Braunschweig	Herr Möller
Herr Disterheft	Frau Mundlos
Frau Dr. Flake	Frau Ohnesorge
Herr Flake	Herr Dr. Plinke
Herr Glogowski	Herr Pohler
Frau Glogowski-Merten	Frau Saxel
Frau Göring	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Frau Schneider
Frau Hahn	Herr Schnepel
Frau Hillner	Frau Schütze
Frau Ihbe	Herr Stühmeier
Frau Jalyschko	Herr Swalve
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Täubert
Frau Johannes	Herr Volkmann
Herr Jonas	Frau vom Hofe
Frau Kaphammel	Frau von Gronefeld
Frau Kluth	Herr Wendt
Herr Knurr	Herr Winckler
Frau Köhler	Herr Wirtz

Verwaltung

Oberbürgermeister Dr. Kornblum
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Dr. Pollmann
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Prof. Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Rentzsch
Dezernent Leppa
Stadträtin Hanusch

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.11.2025
3. Mitteilungen
4. Anträge
 - 4.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Antrag der CDU-Fraktion 25-26897
 - 4.1.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Stellungnahme der Verwaltung 25-26897-01
 - 4.1.2. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
Änderungsantrag zur Vorlage 25-26897
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS 25-27026
 - 4.2. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel 25-26985
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS und der BIBS-Fraktion
 - 4.2.1. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel 25-26985-01
Stellungnahme der Verwaltung
 - 4.2.2. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel, 25-26985-02
Antrag zur Vorlage 25-26985
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN,
der Gruppe Die FRAKTION. BS und der BIBS-Fraktion
 - 4.3. Neufassung von § 41 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig 25-27006
Antrag der CDU-Fraktion
 - 4.4. Sicherheit und Entlastung zu Silvester - Temporäre Schutzzone in der Innenstadt, Evaluation und mittelfristige Weiterentwicklung 25-27007
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
 - 4.5. Ehrenamt in Braunschweig weiter stärken - Löwenstark für freiwilliges Engagement 25-27012
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN und der Gruppe Die FRAKTION. BS
 - 4.6. Geschichts- und Erinnerungsort JVA Rennelberg 25-27013
Antrag der SPD-Fraktion

5.	Errichtung Haus der Musik Braunschweig	25-26962
5.1.	Errichtung Haus der Musik Braunschweig, Antrag zur Vorlage 25-26962 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und BIBS	25-26962-01
5.2.	Errichtung Haus der Musik Braunschweig, Änderungsantrag zur Vorlage - 25-26962 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	25-27044
6.	Bestellung der Dezernentin für das Kultur- und Wissenschaftsdezernat	25-27020
7.	Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudezernat	25-26984
8.	Neuordnung der Dezernatsverteilung	25-26988
9.	Umbesetzung in Ausschüssen	25-26989
10.	Bestellung von Vertretern in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen	25-26994
11.	Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"	25-26891
12.	Neufassung der Satzung über die abgeschottete Statistische Dienststelle der Stadt Braunschweig	25-26723
13.	Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung)	25-26686
14.	Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig	25-26980
15.	Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters	25-26785
16.	Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten im Jahr 2026	25-26859
17.	Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Moselstraße 17	25-26782
18.	Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26915
19.	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26914

19.1.	Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG	25-26914-01
20.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26895
20.1.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26895-01
20.2.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	25-26895-02
21.	Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine: Niedersächsischer Turner-Bund e. V. - Abschlagszahlung für die Ausrichtung des Erlebnis Turnfest 2027	25-26689
22.	Anpassung der Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig	25-25909
23.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Rautheim-Möncheberg", RA 29 Stadtgebiet zw. den Straßen Lehmweg, Am Rautheimer Holze und Ortslage Rautheim (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gem. Rüningen, Flur 4, Flst. 90/5 (GB. B), Stadtgebiet Gem. Rüningen, Flur 3, Flst. 411 (GB. C), Stadtgebiet Gem. Broitzem, Flur 1, Flst. 110/15 (GB. D), Stadtgebiet Gem. Rautheim, Flur 4, Flst. 199/2 (GB. E) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses	25-26953
24.	123. Änderung des Flächennutzungsplanes "Feldstraße" Stadtgebiet zwischen Feldstraße, Kleine Mittelriede und Schölke Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-26805
25.	Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt", AP 23 Stadtgebiet zwischen Feldstraße und Schölke (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Flst. 402/15 und 403/4 (Geltungsbereich B), Stadtgebiet Gemark. Querum, Flur 4, Flst. 64/8 (Geltungsbereich C), Stadtgebiet Gemark. Veltenhof, Flur 7, Flst. 260/42 u. 261/42 (Geltungsbereich D) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss, Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses	25-26905
26.	162. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarflächen Völkenrode-Nord" Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss	25-25890

27.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK 27 Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal (Geltungsbereich A), Stadtgebiet zwischen Mittellandkanal und Bahnstrecke, nördlich Wischenholz (Geltungsbereich B) Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	25-25880
28.	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragsatzung)	25-26006
29.	Erste Änderung der Satzung über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung)	25-26421
30.	Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG	25-26619
30.1.	Änderungsantrag zu Ds. 25-26619: Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	25-27042
30.2.	Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG, Änderungsantrag zur Vorlage 25-26619 Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	25-27043
31.	Konzept zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"	25-26951
31.1.	Ergänzungsvorlage: Konzept zum Bankspendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"	25-26951-01
32.	Anfragen	
32.1.	Freiwilligendienste stärken - Einsatzstellen für die Zukunft sichern Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	25-27010
32.1.1.	Freiwilligendienste stärken - Einsatzstellen für die Zukunft sichern Stellungnahme der Verwaltung	25-27010-01
32.2.	Oberbürgermeister gehen, das KWEA bleibt: gibt es endlich Pläne und Absichten für das ehemalige Kreiswehrrersatzamt? Anfrage der AfD-Fraktion	25-27014
32.2.1.	Oberbürgermeister gehen, das KWEA bleibt: gibt es endlich Pläne und Absichten für das ehemalige Kreiswehrrersatzamt? Stellungnahme der Verwaltung	25-27014-01
32.3.	Transparenz im Konzern Stadt Braunschweig für die Politik Anfrage des Ratsherrn Glogowski	25-27009
32.3.1.	Transparenz im Konzern Stadt Braunschweig für die Politik Stellungnahme der Verwaltung	25-27009-01

32.4.	Verfahren zur Einbringung von Anträgen des Jugendparlaments in den Rat Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN	25-27011
32.4.1.	Verfahren zur Einbringung von Anträgen des Jugendparlaments in den Rat Stellungnahme der Verwaltung	25-27011-01
32.5.	Ist das Emil-Bussystem am Ende seiner technischen Lebenserwartung? Anfrage der AfD-Fraktion	25-27015
32.5.1.	Ist das Emil-Bussystem am Ende seiner technischen Lebenserwartung? Stellungnahme der Verwaltung	25-27015-01

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet um 14:04 Uhr die Sitzung und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig zugegangen ist und der Rat ordnungsgemäß geladen sowie beschlussfähig ist.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.1.1: Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Stellungnahme 25-26897-01
- Zu TOP 4.1.2: Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Änderungsantrag 25-27026
- Zu TOP 4.2.1: Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel Stellungnahme 25-26985-01
- Zu TOP 4.2.2: Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel Änderungsantrag 25-26985-02
- Zu TOP 5.1: Errichtung Haus der Musik Braunschweig Änderungsantrag 25-26962-01
- Zu TOP 5.2: Errichtung Haus der Musik Braunschweig Änderungsantrag 25-27044
- Zu TOP 20.2: Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € Ergänzungsvorlage 25-26895-02
- Zu TOP 30.1: Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG Änderungsantrag 25-27042
- Zu TOP 30.2: Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG Änderungsantrag 25-27043
- Zu TOP 31.1: Konzept zum Bankspendenprogramm „Meine Bank für Braunschweig“ Ergänzungsvorlage 25-26951-01
- Zu TOP 36.1: Städtebaulicher Vertrag Dibbesdorfer Straße-Süd, QU 62 Entscheidung über die Annahme des Mediationsergebnisses durch die Stadt Ergänzungsvorlage 25-26940-01

Er teilt weiter mit, dass die unter den Tagesordnungspunkten 4.4 und 4.5 aufgeführten Anträge 25-27007 „Sicherheit und Entlastung zu Silvester - Temporäre Schutzzone in der Innenstadt, Evaluation und mittelfristige Weiterentwicklung“ und 25-27012 „Ehrenamt in Braunschweig weiter stärken - Löwenstark für freiwilliges Engagement“ vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurden und somit für eine Beratung und Beschlussfassung hierüber in der heutigen Sitzung kein Raum mehr besteht.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 33 bis 36 zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehen sind. Er stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:11 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.11.2025

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 04.11.2025 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) Antrag der CDU-Fraktion **25-26897**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 25-26897 die Stellungnahme 25-26897-01 sowie der Änderungsantrag 25-27026 vorliegen. Er weist ferner darauf hin, dass im Fall einer positiven Beschlussfassung über den Änderungsantrag 25-27026 die Ausführung des Beschlusses rechtlich nicht zulässig bzw. rechtswidrig wäre, da Kinderarbeit in Deutschland verboten ist.

Ratsherr Pohler bringt den Antrag 25-26897 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Saxel bringt den Änderungsantrag 25-27026 ein und begründet diesen.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Ratsherr Lehmann die Verweisung in den zuständigen Fachausschuss. Nach erfolgter Gegenrede lässt Ratsvorsitzender Graffstedt

hierüber abstimmen und stellt fest, dass der Antrag auf Verweisung bei wenigen Fürstimmen abgelehnt wird.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt in der Sache zunächst über den Änderungsantrag 25-27026 abstimmen und stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Danach stellt er den Antrag 25-26897 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende März 2026 ein Konzept zu entwickeln und anschließend umzusetzen, welches für arbeitsfähige Asylbewerberinnen und Asylbewerber die in § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) normierten Tätigkeiten enthält und - im Rahmen der rechtlichen Vorgaben - zur Teilnahme verpflichtet. Hierbei sind insbesondere die städtischen Gesellschaften sowie gemeinnützige Träger einzubeziehen, um ein breites Spektrum sinnvoller Tätigkeiten im öffentlichen und sozialen Bereich zu schaffen.

Ziel ist es, sowohl die Integration der Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu fördern als auch einen positiven Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten. Über den Stand der Konzeptentwicklung, die spätere Umsetzung und Erfahrungen sind dem Rat sowie den zuständigen Fachausschüssen halbjährlich Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen und wenigen Enthaltungen abgelehnt

**4.1.1. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) 25-26897-01
Stellungnahme der Verwaltung**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.1 / Drs.-Nr. 25-26897.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26897-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.1.2. Einführung gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Änderungsantrag zur Vorlage 25-26897 25-27026
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS**

Siehe Protokollierung zu TOP 4.1 / Drs.-Nr. 25-26897.

Beschluss:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

Zum Antrag der CDU-Ratsfraktion wird ergänzend beschlossen, dass die Stadt Braunschweig zur weiteren Förderung von Integration, Gemeinsinn und einem positiven Beitrag für die Allgemeinheit eine Agentur für Kinderarbeit errichtet. In dieser sollen sämtliche Kindergarten- und Grundschulkinder der Stadt Braunschweig zu gemeinnützigen Tätigkeiten verpflichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes 4.1 erteilt Ratsvorsitzender Graffstedt Ratsfrau Ohnesorge das Wort zur Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

4.2. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel 25-26985
Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS und der BIBS-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 25-26985 die Stellungnahme 25-26985-01 sowie der ersetzende Änderungsantrag 25-26985-02 vorliegen. Er weist ferner darauf hin, dass im Rahmen der Vorberatung getrennt über Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlags des Änderungsantrags abgestimmt wurde, und kündigt eine entsprechend getrennte Abstimmung an.

Ratsfrau Schneider bringt den interfraktionellen Änderungsantrag 25-26985-02 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache stellt Ratsvorsitzender Graffstedt den Änderungsantrag 25-26985-02 getrennt nach den Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlags zur Abstimmung.

Ergebnis:

Der Antrag 25-26985 wird durch den Änderungsantrag 25-26985-02 ersetzt.

4.2.1. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel 25-26985-01
Stellungnahme der Verwaltung

Siehe Protokollierung zu TOP 4.2 / Drs.-Nr. 25-26985.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-26985-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2.2. Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus Gaza und Israel, 25-26985-02
Antrag zur Vorlage 25-26985
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN,
der Gruppe Die FRAKTION. BS und der BIBS-Fraktion

Siehe Protokollierung zu TOP 4.2 / Drs.-Nr. 25-26985.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag des Ursprungsantrags 25-26985 wird unter (1) und (2) folgendermaßen ergänzt:

(1) Die Stadt Braunschweig schließt sich der Initiative der Städte Hannover, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Bonn, Frankfurt und Kiel an und fordert den Bundesinnenminister auf, die Möglichkeit der Aufnahme hilfsbedürftiger Kinder aus dem Gaza-Streifen, Israel **und weiteren Kriegsgebieten** erneut zu prüfen.

(2) Die Stadt Braunschweig erklärt sich grundsätzlich zur Aufnahme von hilfsbedürftigen Kindern aus dem Gaza-Streifen, Israel **und weiteren Kriegsgebieten** bereit.

Abstimmungsergebnis:
getrennte Abstimmung

zu Ziffer 1: bei einigen Fürstimmen und vier Enthaltungen abgelehnt
zu Ziffer 2: bei einigen Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

4.3. Neufassung von § 41 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig 25-27006
Antrag der CDU-Fraktion

Ratsvorsitzender Graffstedt weist auf die vorliegende Empfehlung des Verwaltungsausschusses hin, den Antrag 25-27006 bis zur nächsten Gremienschiene zurückzustellen und die Beschlussfassung in einer gesonderten Sitzung des Ältestenrates vorzubereiten. Er teilt ferner mit, dass die Sondersitzung des Ältestenrates für Ende Januar 2026 avisiert sei.

Ratsfrau von Gronefeld bringt den Antrag 25-27006 ein und begründet diesen. Sie erklärt seitens des Antragstellers, sich dem vereinbarten Vorgehen anzuschließen, und beantragt entsprechend der Empfehlung des Verwaltungsausschusses die Zurückstellung des Antrags und Behandlung im Ältestenrat.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Zurückstellung des Antrags 25-27006 bis zur nächsten Gremienschiene und Vorbereitung der Beschlussfassung in einer Sondersitzung des Ältestenrates abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die Entscheidung über den Antrag 25-27006 wird bis zur nächsten Gremienschiene zurückgestellt und soll in einer Sondersitzung des Ältestenrates vorbereitet werden.

Abstimmungsergebnis (zur Zurückstellung):
bei zwei Enthaltungen beschlossen

4.4. Sicherheit und Entlastung zu Silvester - Temporäre 25-27007
Schutzzone in der Innenstadt, Evaluation und mittelfristige
Weiterentwicklung
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 25-27007 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ratsfrau Köhler begründet seitens des Antragstellers, weshalb der Antrag für den Rat gestellt wurde.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 25-27007 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 02.12.2025 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

4.5. Ehrenamt in Braunschweig weiter stärken - Löwenstark für freiwilliges Engagement 25-27012
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN und der Gruppe Die FRAKTION. BS

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass über den Beschlussvorschlag des Antrags 25-27012 vom Verwaltungsausschuss in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden wurde, so dass für eine Beratung und Beschlussfassung durch den Rat kein Raum verbleibt.

Ratsherr Schnepel begründet seitens des Antragstellers, weshalb der Antrag für den Rat gestellt wurde.

Ergebnis:

Über den Beschlussvorschlag des Antrags 25-27012 hat der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 02.12.2025 in eigener Zuständigkeit abschließend entschieden, so dass für eine Beschlussfassung durch den Rat kein Raum mehr besteht.

4.6. Geschichts- und Erinnerungsort JVA Rennelberg 25-27013
Antrag der SPD-Fraktion

Ratsfrau Schütze bringt den Antrag 25-27013 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Das Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig wird um den Geschichts- und Erinnerungsort JVA Rennelberg ergänzt.
2. Die Verwaltung wird dazu beauftragt, auf der Grundlage der sog. Ideenskizze „Braunschweigischer Geschichtsort Rennelberg“ zeitnah, nach Möglichkeit noch im Dezember 2025 ein Expertengremium einzuberufen, das Rahmenbedingungen und Kriterien benennt, wie die ehemalige Justizvollzugsanstalt Braunschweig Rennelberg zu einem Gedenk- und Erinnerungsort entwickelt werden kann und wie die künftige Nutzung eine dauerhafte Sichtbarkeit und öffentliche Zugänglichkeit eines Erinnerungs- und Lernortes gewährleisten kann.
3. Bei der Zusammenstellung der Rahmenbedingungen und Kriterien sind folgende Institutionen und Vereine zu beteiligen:
 - Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte,
 - Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße,
 - Arbeitskreis Andere Geschichte e. V.,
 - Verein Stolpersteine für Braunschweig e. V.,
 - Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel sowie
 - ggf. weitere relevante Akteure und Initiativen vor Ort.

Das Expertengremium wird gebeten, auf Grundlage der vorliegenden Ideenskizze eigene Eckpunkte zu skizzieren, wie ein künftiger Gedenk- und Erinnerungsort JVA Rennelberg ausgestaltet sein könnte. In der geplanten Sitzung des Gremiums im Dezember 2025 sollen die verschiedenen Vorstellungen diskutiert und zu einem gemeinsamen Eckpunktepapier zusammengeführt werden.

4. Es wird angestrebt, mit einem möglichen Investor eine Einigung zu erzielen, dass Räumlichkeiten für einen Gedenk- und Erinnerungsort JVA Rennelberg zur Verfügung stehen und bei Bedarf genutzt werden können und dass eine solche Nutzung vom Investor geduldet wird.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

5. Errichtung Haus der Musik Braunschweig

25-26962

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-26962 die Änderungsanträge 25-26962-01 und 25-27044 vorliegen. Er erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Dezernentin Prof. Dr. Hesse und Dezernent Leppa führen in die Vorlage ein.

Anschließend bringen Ratsfrau Jalyschko den interfraktionellen Änderungsantrag 25-26962-01 und Ratsfrau Saxel den Änderungsantrag 25-27044 ein und begründen diesen jeweils.

Im Rahmen der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz, über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags der Vorlage 25-26962 getrennt abzustimmen.

Ratsfrau Köhler beantragt, über die Vorlage 25-26962 geheim abzustimmen.

Im Anschluss an die Aussprache und nach erfolgten Gegenreden gegen die Anträge auf getrennte sowie geheime Abstimmung lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Antrag auf getrennte Abstimmung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei 3 Fürstimmen abgelehnt wird. Danach lässt er über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen und stellt nach Auszählung fest, dass dieser bei 26 Fürstimmen und 29 Gegenstimmen abgelehnt wird.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Graffstedt in der Sache zuerst über den Änderungsantrag 25-26962-01 und danach über den Änderungsantrag 25-27044 abstimmen und stellt fest, dass diese jeweils abgelehnt werden.

Anschließend stellt er die Vorlage 25-26962 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadt Braunschweig erwirbt das Grundstück Poststraße 5 in Braunschweig von der 45. TERRA-NOVA GmbH & Co. KG zu einem Kaufpreis von 10,6 Mio. €.
2. Auf diesem Grundstück in der Braunschweiger Innenstadt wird das Haus der Musik nach dem Ergebnis des durchgeführten Architekturwettbewerbs und unter Berücksichtigung der in dieser Vorlage beschriebenen Anpassungen des Raumprogramms errichtet. Es soll die Städtische Musikschule, einen Konzertsaal und weitere öffentlich zugängliche Angebote umfassen. Der ursprünglich geplante Standort für das Haus der Musik in Viewegs Garten wird nicht weiterverfolgt.
3. Das Haus der Musik in der Poststraße wird von einer gemeinnützigen Stiftung des privaten Rechts weiter ausgeplant, baulich errichtet, unterhalten und dauerhaft betrieben. Die Stiftung soll vom Unternehmen New Yorker SE gegründet werden. Die Stadt

Braunschweig wird der Stiftung das Grundstück Poststraße 5 überlassen und ihr zu diesem Zweck ein erbbauzinsfreies Erbbaurecht auf 99 Jahre bestellen.

4. Die für die Stiftung zur Errichtung und Unterhaltung des Hauses der Musik notwendigen finanziellen Mittel werden zu 51% durch Mittel des Unternehmens New Yorker SE aufgebracht. Die weiteren 49% wird die Stadt Braunschweig durch Zustiftungen in die Stiftung einbringen, dies kann durch eigene Mittel der Stadt oder durch Mittel von Dritten erfolgen. Die notwendigen eigenen Mittel wird die Stadt im Rahmen der künftigen Haushaltsplanungen entsprechend dem Finanzierungsmodell für das Haus der Musik berücksichtigen. Um Kosten für Investitionen und Betrieb zu reduzieren, werden die im Sachverhalt der Vorlage im Kapitel Einsparungen genannten Maßnahmen umgesetzt.
5. Die Stadt Braunschweig wird die Räumlichkeiten für die Städtische Musikschule im Haus der Musik von der Stiftung zu einem angemessenen Mietzins anmieten. Der Betrieb des Konzertsaals wird von einer gemeinnützigen Betreibergesellschaft übernommen, an dem die Stiftung jedenfalls mehrheitlich und die Stadt Braunschweig gesellschaftsrechtlich beteiligt sein werden. Die Betreibergesellschaft soll alle objekt-, betriebs- und funktionsbezogenen Kosten des Hauses der Musik tragen.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen Abstimmungen mit dem Unternehmen New Yorker SE zum Abschluss der Arbeiten an der Stiftungssatzung und dem Business Plan fortzusetzen. In dem Rahmen wird die Verwaltung auch Gespräche mit den Behörden führen und deren Entscheidungen bzw. Zustimmung einholen, die für die Umsetzung des Hauses der Musik entsprechend der Ziffern 1 bis 5 notwendig sind (Stiftungsaufsicht, staatliche Finanzverwaltung und Kommunalaufsicht).

Abstimmungsergebnis:

bei Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen

5.1.	Errichtung Haus der Musik Braunschweig, Antrag zur Vorlage 25-26962 Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und BIBS	25-26962-01
-------------	---	--------------------

Siehe Protokollierung zu TOP 5 / Drs.-Nr. 25-26962.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

Fokussierung auf die Musikschule und Streichung des Konzertsaals

Die Verwaltung wird beauftragt, in Gespräche mit der Stiftung New Yorker SE zu gehen, um den Vorschlag, die Musikschule und den Dritten Ort ohne einen großen kostspieligen Konzertsaal zu realisieren, zu besprechen.

Die Stadt Braunschweig setzt als vorrangiges Ziel die Schaffung eines praxisorientierten, wirtschaftlich tragfähigen und zukunftssicheren Hauses der Musik, das die dringend benötigte räumliche Konzentration und Modernisierung der Musikschule gewährleistet.

Die Ziffern 2, 3, 4 und 5 der Beschlussvorlage werden dahingehend geändert, dass kein Konzertsaal sowie keine Konzerthaus-gGmbH realisiert werden.

Das „Haus der Musik“ wird ausschließlich mit den folgenden Bestandteilen umgesetzt:

- Städtische Musikschule als zentraler Anker und dauerhafte Hauptnutzerin
- Dritter Ort mit niedrigschwelligen, öffentlich zugänglichen Kultur- und Bildungsangeboten
- Ohne große Konzerthalle, ohne Backstage-Bereiche, ohne Veranstaltungs-/Betriebsstruktur einer Konzerthaus-Gesellschaft.

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt

**5.2. Errichtung Haus der Musik Braunschweig,
Änderungsantrag zur Vorlage - 25-26962
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS**

25-27044

Siehe Protokollierung zu TOP 5 / Drs.-Nr. 25-26962.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig erwirbt das Grundstück Poststraße 5 in Braunschweig zu einem Kaufpreis von zwei Euro.

Abstimmungsergebnis:

bei vier Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:43 Uhr bis 18:23 Uhr für eine Pause.

**6. Bestellung der Dezernentin für das Kultur- und
Wissenschaftsdezernat**

25-27020

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Einstellung von Frau Dr. Götzky in der Beschlusskompetenz des Verwaltungsausschusses liegt, welcher in seiner Sitzung am 02.12.2025 hierüber entschieden hat. Er erläutert, dass insofern keine Dezernenten/innen-Wahl vorliegt, sondern dass vorliegend über die organisatorische Bestellung von Frau Dr. Götzky zur Dezernentin zu entscheiden ist.

Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage 25-27020 ein und begründet seinen Besetzungsvorschlag.

Frau Dr. Götzky stellt sich mit einem Kurzvortrag vor.

Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 25-27020 abstimmen.

Beschluss:

Frau Dr. Doreen Götzky wird mit Wirkung vom 1. Januar 2027 zur Dezernentin für das Kultur- und Wissenschaftsdezernat bestellt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen

**7. Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für
das Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudezernat**

25-26984

Ratsvorsitzender Graffstedt legt dar, dass es sich bei Satz 1 des Beschlussvorschlags der Vorlage 25-26984 um eine Wahl und bei Satz 2 um eine Abstimmung handelt. Er erläutert die Regularien der Wahl und weist auf das Erfordernis der Stimmenmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates, d.h. 28 Ja-Stimmen, hin.

Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt ferner, dass auf Verlangen eines Ratsmitgliedes geheim zu wählen ist. Ratsherr Wirtz beantragt geheime Wahl.

Es besteht Einvernehmen, dass Ratsfrau Göring und Ratsherr Swalve als Wahlhelferin und Wahlhelfer fungieren.

Sodann bringt Oberbürgermeister Dr. Kornblum die Vorlage 25-26984 ein und begründet seinen Besetzungsvorschlag.

Der vorgeschlagene Bewerber Herr Leppa stellt sich mit einem Kurzvortrag vor.

Anschließend findet der Wahlvorgang statt. Nach Abschluss der Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen gibt Ratsvorsitzender Graffstedt das Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass Herr Leppa mit 32 Ja-Stimmen gewählt ist. Herr Leppa erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Danach stellt Ratsvorsitzender Graffstedt Satz 2 des Beschlussvorschlags der Vorlage 25-26984 zur Abstimmung.

Beschluss:

Herr Gerold Leppa wird für eine Amtszeit von acht Jahren als Stadtrat für das Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudezernat gewählt.

Herr Leppa erhält Dienstbezüge der Bes.-Gr. B 6 und eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 210,- € monatlich.

Ergebnis:

Wahl zu Satz 1:

mit 32 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen gewählt

Abstimmungsergebnis zu Satz 2:

bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

8. Neuordnung der Dezernatsverteilung

25-26988

Oberbürgermeister Dr. Kornblum bringt die Vorlage 25-26988 ein.

Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der in der Vorlage dargestellten veränderten Dezernatsaufteilung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 8 übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth die Sitzungsleitung.

9. Umbesetzung in Ausschüssen

25-26989

Beschluss:

Ratsherr Dr. Burkhard Plinke wird anstelle von Ratsfrau Lisa-Marie Jalyschko als Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung benannt.

Anstelle von Ratsherrn Dr. Burkhard Plinke wird Ratsfrau Lisa-Marie Jalyschko als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung benannt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Bestellung von Vertretern in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen

25-26994

Beschluss:

1. Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen

Herrn Wirtschaftsdezernenten Gerold Leppa
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 5. Januar 2026 in den Aufsichtsrat der Braunschweiger Verkehrs-GmbH zu entsenden.

2. Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

In den Aufsichtsrat der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig wird

Herr Erster Stadtrat Christian Geiger
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 1. Januar 2026 entsandt.

3. Kraftverkehr Mundstock GmbH

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Beteiligungen GmbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Braunschweig Beteiligungen GmbH zu veranlassen

Herrn Städt. Ltd. Direktor Markus Schlimme
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 1. Januar 2026 in den Aufsichtsrat der Kraftverkehr Mundstock GmbH zu entsenden.

4. Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH

Herr Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer wird mit Ablauf des 31. Dezember 2025 aus dem Aufsichtsrat der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH abberufen und

Herr Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 5. Januar 2026 in den Aufsichtsrat der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH entsandt.

5. Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Herr Erster Stadtrat Christian Geiger wird mit Ablauf des 31. Dezember 2025 aus dem Aufsichtsrat der Braunschweig Stadtmarketing GmbH abberufen und

Herr Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 5. Januar 2026 in den Aufsichtsrat der Braunschweig Stadtmarketing GmbH entsandt.

6. Braunschweig Zukunft GmbH

Herr Oberbürgermeister Dr. Thorsten Kornblum wird mit Ablauf des 31. Dezember 2025 aus dem Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH abberufen und

Herr Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa
(Vorschlagsrecht des Oberbürgermeisters)

mit Wirkung vom 5. Januar 2026 in den Aufsichtsrat der Braunschweig Zukunft GmbH entsandt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Enthaltungen beschlossen

11. Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten"

25-26891

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die aufgelisteten Projekte eine Interessenbekundung auf Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ einzureichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

12. Neufassung der Satzung über die abgeschottete Statistische Dienststelle der Stadt Braunschweig 25-26723

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung über die abgeschottete Statistische Dienststelle der Stadt Braunschweig wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) 25-26686

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren für den Marktverkehr in der Stadt Braunschweig (Marktgebührenordnung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14. Vorschlag einer Person für das Amt einer ehrenamtlichen Richterin / eines ehrenamtlichen Richters am Sozialgericht Braunschweig 25-26980

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zur Beschlussfassung über die Vorlage 25-26980 eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Rates erforderlich ist. Anschließend lässt sie über die Vorlage abstimmen und stellt fest, dass diese mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen wird.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig schlägt Herrn Kai Brunzel zur Berufung als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Braunschweig vor.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

15. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters 25-26785

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Lfd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Hondelage	Stellv. Ortsbrandmeister	Grütters, Daniel

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**16. Ermächtigung zur Aufnahme von Konzernkrediten
im Jahr 2026**

25-26859

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, im Jahr 2026 und 2027 Konzernkredite zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften gem. § 121a NKomVG wie folgt aufzunehmen und weiterzuleiten:

1. Braunschweiger Verkehrs-GmbH in Höhe von bis zu 33,46 Mio. Euro,
2. Nibelungen-Wohnbau-GmbH in Höhe von bis zu 5,0 Mio. Euro und
3. Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH in Höhe von bis zu 18,0 Mio. Euro

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

17. Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Moselstraße 17

25-26782

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt die Vorlage 25-26782 nach Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem Verkauf einer ca. 4.034 m² großen Teilfläche des städtischen Grundstücks Moselstraße 17 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

**18. Haushaltsvollzug 2022 hier: Zustimmung zu über- und
außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw.
Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5
NKomVG**

25-26915

Beschluss:

Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

**19. Haushaltsvollzug 2025 hier: Zustimmung zu über- und
außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw.
Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5
NKomVG**

25-26914

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-26914 die Ergänzungsvorlage 25-26914-01 vorliegt.

Stadträtin Hanusch kündigt bzgl. der von Rats Herrn Merfort thematisierten Höhe der Kosten unter Ziffer 4 der Ergänzungsvorlage eine ergänzende Rückmeldung sowie weitere Befassung im Ausschuss für Planung und Hochbau an.

20.2. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 25-26895-02

Siehe Protokollierung zu TOP 20 / Drs.-Nr. 25-26895.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen in der Fassung der 2. Ergänzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

21. Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine: 25-26689
Niedersächsischer Turner-Bund e. V. - Abschlagszahlung
für die Ausrichtung des Erlebnis Turnfest 2027

Beschluss:

Dem Niedersächsischen Turner-Bund e.V. wird abweichend von Ziffer 3.7 der Sportförderrichtlinie vorbehaltlich der positiven Prüfung des Zuschussantrags eine Zuschuss-Abschlagszahlung im Jahr 2025 in Höhe von bis zu 35.000,00 € für die Ausrichtung des Erlebnis Turnfestes 2027 in Braunschweig gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Anpassung der Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig 25-25909

Erster Stadtrat Geiger führt in die Vorlage 25-25909 ein.

Anschließend lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Sportförderrichtlinie der Stadt Braunschweig wird in der als Anlage beigelegten Fassung beschlossen und tritt zum 1. Januar 2026 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23. Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Rautheim- 25-26953
Möncheberg", RA 29
Stadtgebiet zw. den Straßen Lehmweg, Am Rautheimer Holze
und Ortslage Rautheim (Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gem.
Rüningen, Flur 4, Flst. 90/5 (GB. B), Stadtgebiet Gem.
Rüningen, Flur 3, Flst. 411 (GB. C), Stadtgebiet Gem.
Broitzem, Flur 1, Flst. 110/15 (GB. D), Stadtgebiet Gem.
Rautheim, Flur 4, Flst. 199/2 (GB. E)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss,
Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth stellt die Vorlage 25-26953 nach Aussprache zur Abstimmung.

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6 und Nr. 7 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan (mit örtlicher Bauvorschrift) „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Rautheim-Möncheberg“, RA 29, vom 11.10.2022 wird für die in Anlage Nr. 8 dargestellten Flächen aufgehoben.

bei einigen Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschlossen

- | | | |
|-----|--|----------|
| 24. | 123. Änderung des Flächennutzungsplanes "Feldstraße"
Stadtgebiet zwischen Feldstraße, Kleine Mittelriede und
Schölke
Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss | 25-26805 |
|-----|--|----------|

Beschluss:

1. Die während der Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3, Nr. 4 und Nr. 5 zu behandeln.
2. Die 123. Änderung des Flächennutzungsplanes „Feldstraße“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | | |
|-----|---|----------|
| 25. | Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Feldstraße-Süd,
1. Bauabschnitt", AP 23
Stadtgebiet zwischen Feldstraße und Schölke
(Geltungsbereich A), Stadtgebiet Gemark. Ölper, Flur 4, Fl.st.
402/15 und 403/4 (Geltungsbereich B), Stadtgebiet Gemark.
Querum, Flur 4, Flst. 64/8 (Geltungsbereich C), Stadtgebiet
Gemark. Veltenhof, Flur 7, Flst. 260/42 u. 261/42
(Geltungsbereich D)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss,
Rücknahme von Teilen des Aufstellungsbeschlusses | 25-26905 |
|-----|---|----------|

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB und gemäß § 4 a (3) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 6, Nr. 7, Nr. 8, Nr. 9 und Nr. 10 zu behandeln.
2. Der Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt“, AP 23, wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Feldstraße-Süd, 1. Bauabschnitt“, AP 23 vom 24.06.2014 wird für die in Anlage Nr. 11 dargestellten Flächen aufgehoben.

einstimmig beschlossen

- | | | |
|-----|---|----------|
| 26. | 162. Änderung des Flächennutzungsplanes "Solarflächen Völkenrode-Nord" | 25-25890 |
| | Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal | |
| | Behandlung der Stellungnahmen, Planbeschluss | |

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß den Anlagen Nr. 3 und Nr. 4 zu behandeln.
2. Die 162. Änderung des Flächennutzungsplanes „Solarflächen Völkenrode-Nord“ wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

- | | | |
|-----|---|----------|
| 27. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Solarflächen Völkenrode - Nord", VK 27 Stadtgebiet zwischen Deponie Watenbüttel, Völkenroder Mühlenweg und Mittellandkanal (Geltungsbereich A), Stadtgebiet zwischen Mittellandkanal und Bahnstrecke, nördlich Wischenholz (Geltungsbereich B)
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss | 25-25880 |
|-----|---|----------|

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß Anlage 6 und Anlage 7 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Solarflächen Völkenrode-Nord“, VK 27, bestehend aus der Planzeichnung und den Textlichen Festsetzungen sowie dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan mit Beschreibung des Vorhabens wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Gegenstimmen beschlossen

28. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von 25-26006
Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragsatzung)

Beschluss:

Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Stadt Braunschweig (Erschließungsbeitragssatzung) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

29. Erste Änderung der Satzung über die Erhebung von 25-26421
Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von
Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung)

Beschluss:

Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Einstellplatzablösesatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

30. Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung 25-26619
gemäß § 18 NKlimaG

Stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-26619 die Änderungsanträge 25-27042 und 25-27043 vorliegen. Sie erläutert die vorgesehene Abstimmungsreihenfolge und stellt fest, dass sich hiergegen kein Widerspruch erhebt.

Ratsfrau Arning bringt den Änderungsantrag 25-27042 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Saxel bringt den Änderungsantrag 25-27043 ein und begründet diesen.

Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Kluth zuerst über den Änderungsantrag 25-27043 und danach über den Änderungsantrag 25-27042 abstimmen und stellt fest, dass diese jeweils abgelehnt werden.

Anschließend stellt sie die Vorlage 25-26619 zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Das angehängte Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung (THGnV) gemäß § 18 NKlimaG wird wie angehängt beschlossen.
2. Die Federführung für Controlling und Monitoring liegt im Fachbereich Umwelt / Klimaschutzmanagement. Dort wird das Konzept sukzessive weiterentwickelt.
3. Das Konzept wird sukzessive auf die städtischen Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung übertragen.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen

**30.1. Änderungsantrag zu Ds. 25-26619: Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion**

25-27042

Siehe Protokollierung zu TOP 30 / Drs.-Nr. 25-26619.

Beschluss:

Neu: 1. Das angehängte Konzept wird dahingehend geändert, dass vom Ziel „Klimaneutralität so schnell wie möglich, nach Möglichkeit bis 2030 zu erreichen“ (IKSK 2.0) ausgegangen wird. Der Pfad für die Absenkung der Emissionen wird entsprechend geändert einschließlich der Zwischenziele und der Vorgaben für Monitoring und Controlling. Als Ziel „0“ des Absenkpfeils erscheint im Konzept S. 24 das Jahr 2030. Darüber hinaus wird das angehängte Konzept wie vorgelegt beschlossen.

2. und 3. unverändert.

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

**30.2. Konzept für eine treibhausgasneutrale Stadtverwaltung gemäß § 18 NKlimaG, Änderungsantrag zur Vorlage 25-26619
Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS**

25-27043

Siehe Protokollierung zu TOP 30 / Drs.-Nr. 25-26619.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig stellt fest, dass die Klimaschutzziele der Stadt Braunschweig gemäß IKSK 2.0 künftig als ambitionierte Absichtserklärungen geführt werden.
2. Zur Sicherstellung der Zielerreichung wird festgelegt, dass Hindernisse wie tatsächliche Emissionen, Verzögerungen bei der Umsetzung oder fehlende Planungsverantwortlichkeiten im Bedarfsfall unberücksichtigt bleiben dürfen, sofern deren Berücksichtigung die lineare Zielkurve bis 2040 optisch gefährden könnte.
3. Zwischenziele gelten als erreicht, sobald sie in Tabellenform dargestellt wurden.
4. Die Stadt Braunschweig erklärt, dass Klimaneutralität der Verwaltung dann erreicht ist, wenn sie formal als erreicht erklärt wird.

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Fürstimmen und vier Enthaltungen abgelehnt

Nach der Behandlung von Tagesordnungspunkt 30 übernimmt Ratsvorsitzender Graffstedt wieder die Sitzungsleitung.

Anschließend findet in der Zeit von 21:03 Uhr bis 21:25 Uhr die Einwohnerfragestunde unter Leitung von Ratsvorsitzendem Graffstedt statt.

31. Konzept zum Bankspendenprogramm 25-26951
"Meine Bank für Braunschweig"

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu der Vorlage 25-26951 die Ergänzungsvorlage 25-26951-01 vorliegt, und lässt im Anschluss an die Aussprache über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage abstimmen.

Ergebnis:

beschlossen in der Fassung der Ergänzungsvorlage 25-26951-01

31.1. Ergänzungsvorlage: Konzept zum Bankspendenprogramm 25-26951-01
"Meine Bank für Braunschweig"

Siehe Protokollierung zu TOP 31 / Drs.-Nr. 25-26951.

Beschluss:

Dem Konzept zum Bankspendenprogramm „Meine Bank für Braunschweig“ und der Spendenrichtlinie wird in der geänderten Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

32. Anfragen

32.1. Freiwilligendienste stärken - Einsatzstellen für die Zukunft 25-27010
sichern
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-27010-01).

32.1.1. Freiwilligendienste stärken - Einsatzstellen für die Zukunft 25-27010-01
sichern
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-27010-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

32.2. Oberbürgermeister gehen, das KWEA bleibt: gibt es endlich 25-27014
Pläne und Absichten für das ehemalige Kreiswehrrersatzamt?
Anfrage der AfD-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-27014-01).

- 32.2.1. Oberbürgermeister gehen, das KWEA bleibt: gibt es endlich Pläne und Absichten für das ehemalige Kreiswehrrersatzamt? Stellungnahme der Verwaltung** **25-27014-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-27014-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.3. Transparenz im Konzern Stadt Braunschweig für die Politik Anfrage des Rats Herrn Glogowski** **25-27009**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-27009-01).

- 32.3.1. Transparenz im Konzern Stadt Braunschweig für die Politik Stellungnahme der Verwaltung** **25-27009-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-27009-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.4. Verfahren zur Einbringung von Anträgen des Jugendparlaments in den Rat Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN** **25-27011**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-27011-01).

- 32.4.1. Verfahren zur Einbringung von Anträgen des Jugendparlaments in den Rat Stellungnahme der Verwaltung** **25-27011-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-27011-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

- 32.5. Ist das Emil-Bussystem am Ende seiner technischen Lebenserwartung? Anfrage der AfD-Fraktion** **25-27015**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 25-27015-01).

**32.5.1. Ist das Emil-Bussystem am Ende seiner technischen
Lebenserwartung?
Stellungnahme der Verwaltung**

25-27015-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-27015-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

gez.

Dr. Kornblum
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Hellemann
Protokollführerin